

Gabriel, Sigmar

**Article**

## Aktuelle und künftige Herausforderungen der Wirtschaftspolitik und der Politikberatung in Deutschland

ifo Schnelldienst

**Provided in Cooperation with:**

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

*Suggested Citation:* Gabriel, Sigmar (2015) : Aktuelle und künftige Herausforderungen der Wirtschaftspolitik und der Politikberatung in Deutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 68, Iss. 14, pp. 3-7

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/165614>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Aktuelle und künftige Herausforderungen der Wirtschaftspolitik und der Politikberatung in Deutschland\*

Festvortrag zur 66. Jahresversammlung des ifo Instituts am 12. Juni 2015

3

Sehr geehrter Herr Prof. Huber,  
sehr geehrter Herr Prof. Sinn,  
meine sehr geehrten Damen und Herren!

Das ifo ist eine Institution der Bundesrepublik. Das anzuerkennen, ist keine Übertreibung aus Höflichkeit. Das ist eine schlichte Tatsache – und ein Leistungsbeweis für alle, die mit dem Institut verbunden waren und sind. Über 66 Jahre hat es die gesamte Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik begleitet. Mit allen Höhen und Tiefen, durch alle großen Kontroversen hindurch, immer mit hohem Sachverstand, aber eben auch mit Leidenschaft für die Sache!

Mein Eindruck ist, diese Leidenschaft hat etwas damit zu tun, dass Sie unserem Land als Patrioten verbunden sind. Erschrecken Sie nicht! Ich meine das als eine sehr positive Eigenschaft. Ihnen ist nicht gleichgültig, was aus der Bundesrepublik wird.

Das ifo ist unter den Wirtschaftsinstituten nicht der »Mann ohne Eigenschaften«. Es hat einen Ruf, es hat Ecken und Kanten. Wenn in der Zeitung steht: »Gabriel kommt zum ifo Institut«, dann denken viele an so etwas wie »Auftritt in der Höhle des Löwen!«

Und der Löwe, von dem da die Rede ist, das sind natürlich Sie, lieber Herr Prof. Sinn! Wer sonst.

Die heutige Jahresversammlung ist die letzte unter Ihrer Präsidentschaft. Das ist eine Zäsur. Damit ist eine Ära bezeichnet. Und damit hat meine Rede das Thema. Nur wenige Ökonomen haben über Jahrzehnte in der Forschung und insbesondere der politischen Beratung eine so herausragende Stellung eingenommen wie Sie.

Und ich muss hinzufügen: Wir haben mehr als einmal ordentlich gestritten. Denn auch mir ist die Zukunft unseres Landes nicht gleichgültig.

Auch ich sehe wie Sie in der Wirtschaftspolitik die Weichenstellung für Wohlfahrt oder Niedergang eines Gemeinwesens.

\* Es gilt das gesprochene Wort!

Deshalb ist sie so umkämpft und umstritten. Und deshalb, Herr Prof. Sinn, lohnt sich ein solcher Streit immer.

Immer wieder haben Sie die akuten Themen aufgegriffen: Die wirtschaftliche Vereinigung der beiden Teile Deutschlands in *Kaltstart*, 1991 zusammen mit Ihrer Frau Gerlinde Sinn. Die Globalisierung und der internationale Standortwettbewerb mit Ihrer zum Klassiker avancierten These von der deutschen *Basarökonomie* (2005), die ihren produktiven Kern verliert. Sie haben den Klimawandel behandelt in *Das grüne Paradoxon* (2008) und natürlich die Eurokrise, die wahrscheinlich auch für Sie die überragende Frage der letzten Jahre war in *Die Target-Falle* (2012).

Es ist wirklich beeindruckend, wie Sie es vermögen, eine finanztechnische Größe wie die Target-Salden der Bundesbank, von denen wahrscheinlich selbst viele Ökonomen vor 2012 noch nie etwas gehört hatten, so in den Mittelpunkt zu rücken, dass die gesamte wirtschaftspolitische Diskussion darum kreist.

Dabei kommt Ihnen eine Fähigkeit zugute, die bei weitem nicht allen Wissenschaftlern vergönnt ist: Sie können sich auch jenseits der Wissenschaftswelt verständlich machen. Sie machen Argumente anschaulich, ohne sie unzulässig zu vereinfachen.

Ja, sie polarisieren. Sie mischen sich aktiv ein, verfassen Aufrufe und Kommentare. Manche werfen Ihnen vor, die Grenze zum Politikmachen zu überschreiten. Das, lieber Hans-Werner Sinn, werfe ich Ihnen gewiss nicht vor. Ich schätze es, wenn jemand auf den Punkt spricht. Denn Klarheit dient der Wahrheitsfindung! Natürlich war ich als Sozialdemokrat und als überzeugter Europäer entsetzt, als Sie Ihren Aufruf gegen die Rettungspolitik im Euroraum oder gegen die Bankenunion initiiert haben. Aber ich habe zu jedem Zeitpunkt verstanden, dass es Ihnen um etwas geht.

Sie wollten die Nebel unverbindlicher politischer Rhetorik durchdringen und auf Haftungsrisiken für Deutschland aufmerksam machen.



Sigmar Gabriel  
Bundesminister für Wirtschaft  
und Energie

Wir sind nun beide Mitglied im Verein für deutliche Aussprache. Deshalb habe ich den von Ihnen 2012 initiierten Aufruf der 160 Professoren gegen die Bankenunion kritisiert. Ich glaube, ich habe geschrieben, er sei unverantwortlich und mit dem Anspruch von objektiver Wissenschaft nicht zu vereinbaren.

Denn es ist eine auf Basis politischer Werturteile zu entscheidende Frage, wie viel europäische Gemeinsamkeit wir wollen und in welchem Maße wir unser Gewicht als finanzstarkes Land für ein stabiles Europa einbringen.

Damit sind wir bei der Frage: Wo endet die Aufgabe der Politikberatung, und wo beginnt die Politik?

Eines steht für mich fest: Die Qualität der Wirtschaftspolitik kann von einer hochwertigen politischen Beratung nur gewinnen.

Der Gründervater der modernen Soziologie, Max Weber, nannte das den Siegeszug der gesellschaftlichen Rationalisierung. Politische Entscheidungen beruhen nicht mehr auf Willkür, sondern können sich auf Wissen stützen.

Mit dieser Einsicht wurde 1948 der Wissenschaftliche Beirat des Wirtschaftsministeriums, dem Sie, Herr Prof. Sinn, seit vielen Jahren angehören, und 1963 auch der Sachverständigenrat eingerichtet. Zu diesen Beratungsgremien gesellt sich vor allem die empirische Wirtschaftsforschung, zu der das ifo Institut einen herausragenden Beitrag leistet – qualitativ ebenso wie quantitativ.

Ich habe es nachsehen lassen: Stolze 130 Gutachten hat Ihr Institut allein seit 1990 für das Bundeswirtschaftsministerium erstellt, und viele von ihnen stehen nicht in den Schlagzeilen, haben aber sehr praktische und positive Konsequenzen.

Wenn wir jetzt das Instrument der Exportkreditgarantien (Hermesdeckungen) weiterentwickeln, dann geht das auf den Anstoß von ifo zurück. Wir werden auch Geschäfte mit höheren ausländischen Zulieferanteilen in Deckung nehmen, weil dies Arbeitsplätze in Deutschland schafft. Nehmen Sie mir an dieser Stelle den Hinweis nicht übel, dass ich auch deshalb überzeugt davon bin, weil die zunehmende internationale Verflechtung der Wertschöpfungsketten kein Ausweis einer Basarökonomie ist. – Sie sehen, Herr Sinn, Ihre Thesen bewegen mich, auch dort, wo sie zum Widerspruch reizen.

Wissenschaftliche Politikberatung ist wichtig. Aber Expertenrat kann Politik und Demokratie nicht ersetzen.

Politik im parlamentarischen Verfahren besteht darin, so hat es Andreas Vosskuhle, der Präsident des Bundesverfas-



Sigmar Gabriel, Bundesminister für Wirtschaft und Energie.

sungsgerichts, ausgedrückt, dass an einem von allen Bürgerinnen und Bürgern beobachtbaren Ort, dem Parlament, kontinuierlich Kompromisse ausgehandelt und öffentlich vermittelt werden müssen.

Politik ist in der Regel nicht der Platz, die »reine Lehre« zu exekutieren. Und anders als Experten können Politiker spätestens bei der nächsten Wahl für die jeweiligen Ergebnisse ihrer Politik verantwortlich gemacht werden.

Wenn ich selbst hier der Politikberatung einen Rat geben darf: Ich wünsche mir, dass Ratschläge von Experten auch die politische Umsetzbarkeit berücksichtigen. Mindestens dort, wo der Wählerwille eindeutig belegt worden ist.

Wenn sich mehr als zwei Drittel der Bevölkerung einen gesetzlichen Mindestlohn wünschen, weil Dumping-Löhne ihr Empfinden für Leistungsgerechtigkeit verletzen, sollte dies auch von der ökonomischen Wissenschaft zur Kenntnis genommen werden. Und sei es, weil Fairness, wie uns die Verhaltensökonomie sagt, wesentlich ist für Motivation und Leistung.

Ich erinnere mich immer wieder an ein Wort von Kurt Tucholsky: Die Menschen wissen vieles nicht, fühlen aber das meiste richtig. Und wer weiß: Manchmal liegen die Menschen ja auch ökonomisch richtig, wo sie eine Ungerechtigkeit empfinden. Gerade erst hat uns die OECD bescheinigt, dass zu viel Ungleichheit das Wachstum bremst.

Die Ökonomen fordern ein sogenanntes »inklusive Wachstum«. Das bedeutet: Je mehr Menschen über gute Bildung, hohe Qualifikation und gute Arbeit, mit anständigen Löhnen und stabiler Kaufkraft am Wohlstand partizipieren, desto kräftiger wächst die Wirtschaft. Das ist gut für alle.

In Deutschland wussten wir das ja schon länger. Die Soziale Marktwirtschaft will nichts anderes. Das alte Wort Ludwig Ehrhards vom »Wohlstand für alle« ist ganz richtig. Es wurde nur lange Zeit nicht eingelöst. Die Erosion der Tarif-

bindung und schlechte Löhne für harte Arbeit sind kein Ruhmesblatt.

Ich halte den Mindestlohn ökonomisch für geboten, weil er die Einkommen von 3,7 Mio. Menschen stützt. Und ich halte ihn ordnungspolitisch für geboten, weil er fairen Wettbewerb belohnt und die Lohnsubvention des Staates begrenzt.

Die Prognosen Ihres Instituts zum Mindestlohn, die vom Verlust von bis zu 900 000 Arbeitsplätzen ausgingen, veröffentlicht in der Pressemitteilung des ifo Instituts vom 19. März 2014: »Der flächendeckende Mindestlohn von 8,50 Euro gefährdet bis zu 900 000 Arbeitsplätze«, liegen ziemlich weit weg von dem, was wir gegenwärtig auf dem Arbeitsmarkt erleben, mit einer wohl um 300 000 Personen höheren Beschäftigung im Jahr 2015, nach der Frühjahrsprojektion: Zunahme der Erwerbstätigkeit 2015: + 300 000 und 2016: + 130 000.

Wäre es nicht eine schöne Geste, wenn wir heute diesen Streit friedlich beilegen? Die entsprechende Presseerklärung hätte ich dabei ...

### Kurzer Rückblick auf die Wirtschaftspolitik seit 1990

25 Jahre nach der Vereinigung der beiden deutschen Staaten steht unser Land im Moment stark da – trotz eines internationalen Umfeldes, das alles andere als einfach ist.

Wir erleben ein gesundes Wirtschaftswachstum bei weiter ansteigender Beschäftigung und hoher Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die Früchte dieses Aufschwungs kommen bei den Menschen auch an. Davon zeugen steigende Löhne und rückläufige Arbeitslosenzahlen.

Die Staatsfinanzen werden von uns in Ordnung gebracht und nach dem »Kaltstart« der frühen 1990er Jahre hat die Entwicklung in Ostdeutschland deutliche Fortschritte gemacht. Deswegen werden wir bei der Reform der regionalen Wirtschaftspolitik (GRW) die Trennung nach Ost und West in der Regionalförderung aufgeben.

Die von Ihnen, Herr Prof. Sinn, im Jahr 2003 aufgeworfene Frage, ob Deutschland noch zu retten sei, lässt sich aus heutiger Sicht also eindeutig mit Ja beantworten.

Nicht alles, aber vieles hat sich zum Positiven hin entwickelt. Doch welchen Anteil hatte daran die Wirtschaftspolitik?

Selbstverständlich ist die Stärke der deutschen Wirtschaft zuallererst eine Leistung der deutschen Unternehmen und ihrer Beschäftigten. Aber ich meine, eine aktive Wirtschaftspolitik hat diese positive Entwicklung begünstigt. Ich will das

anhand zweier politischer Weichenstellungen illustrieren: der Agenda 2010 und der Reaktion auf die Finanzmarktkrise.

Die Agenda 2010 hat einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, den Teufelskreis aus Arbeitslosigkeit und den – wegen der Arbeitslosigkeit – steigenden Kosten des Sozialstaats zu brechen und eine neue Wachstumsdynamik zu entfalten.

Heute wird die Agenda oft vorschnell auf die Formel von Leistungskürzungen der Sozialversicherung reduziert. Das war aber nicht ihr Kern. Zwar wurde die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes verkürzt, aber die Unterstützung der Erwerbslosen im SGB II wurde verbessert und auch erhöht.

Entscheidend in beiden Fällen war die aktivierende Anreizwirkung. Neben dem »Fordern« gab es das »Fördern«. Die damalige Bundesregierung hat zum Beispiel

- Hunderttausende von arbeitsfähigen Sozialhilfeempfängern in die aktive Arbeitsförderung geholt – sie hat damit auch für statistische Wahrheit gesorgt, indem diese Menschen seither nun wirklich als arbeitslos gezählt werden. Sie wissen, dass uns diese ehrliche Statistik im Januar 2005 große PR-Probleme bereitet hat. Aber sie war gut und richtig.
- Die Bundesregierung hat außerdem verstärkt in Bildung investiert. Mehr noch, wir haben einen Paradigmenwechsel im Bildungssystem in die Wege geleitet, indem wir die frühe Förderung der Kinder vornan gestellt haben. Investitionen in den Kita-Ausbau, Investitionen in Ganztagschulen – auch das war Agenda 2010.

Reformieren und investieren war die Doppelstrategie, um unser Land aus der Krise zu führen.

Dafür hat Deutschland in jenen Jahren auch eine Überschreitung der Maastricht-Kriterien in Kauf genommen. Viele Ökonomen bezeichnen das als Sündenfall. Es hat aber funktioniert. Es hat funktioniert, weil es eine Regierung gab, die das höhere Defizit nicht in der Hoffnung hingenommen hat, die Konjunktur werde die Probleme lösen. Sondern es wurde reformiert. Mit großem politischen Risiko, aber auch mit großem Erfolg.

Ich wünschte mir, dass wir mit diesem Blick auch heute auf die Euroländer schauen, die ein Schuldenproblem haben.

Oft ist die Betrachtung zu buchhalterisch. Wenn wir ein Land in der Rezession zwingen, die Investitionen zu streichen und die Verbrauchsteuern zu erhöhen, damit der Primärüberschuss da ist, dann ist das nicht der Weisheit letzter Schluss. Wir sollten vor allem auf die Reformbereitschaft schauen. Und echte Reformen sollten dann mit Investitionen flankiert werden. Das war das deutsche Erfolgsrezept. Und ich glaube, es taugt, um die mittlerweile sechsjährige Hängepartie der Eurozone zu beenden!

Das zweite Maßnahmenpaket, das Deutschland gestärkt hat und auf das ich eingehen will, wurde 2009 von der Großen Koalition auf den Weg gebracht. Deutschland stand nach der Lehman-Pleite vor einem Kollaps des Bankensystems und einem Absturz der Realwirtschaft. Wir haben darauf mit einem großen Konjunkturprogramm reagiert, also mit klassischer Nachfragepolitik – Investitionshilfen, Abwrackprämie sowie deutliche Steuersenkungen, flankiert durch Politik zur Beschäftigungssicherung in den Betrieben durch die Sozialpartner. Diese Form der Krisenbewältigung hat unter den Ökonomen hierzulande weniger Zuspruch erfahren als die Agenda. Trotzdem haben beide Politiken eines gemeinsam: den Erfolg.

Beiden Maßnahmen war zu verdanken, dass wir vergleichsweise robust durch die Krise kamen. Ich will auf eine Einsicht hinaus, die der ökonomischen Debatte in Deutschland gut tun würde. Zum einen, dass sich der alte Antagonismus zwischen Nachfrage- und Angebotspolitik überlebt hat. Moderne Wirtschaftspolitik braucht einen der jeweiligen Situation angepassten Mix der Instrumente. Ideologien, die uns von rechts oder links auf ein Glaubensbekenntnis festlegen wollen, führen oft in die Irre. Zum anderen machen die Beispiele deutlich: Richtige Wirtschaftspolitik kann auch im 21. Jahrhundert viel bewegen.

### Wirtschaftspolitische Herausforderungen

Einig sind wir uns sicher darin, dass die momentane Stärke der deutschen Wirtschaft uns nicht selbstzufrieden werden lassen darf.

Als Wirtschaftsminister muss ich die langfristigen Wachstumsaussichten unserer Volkswirtschaft im Blick haben – und die sind nicht so rosig wie die kurzfristige Sicht. Sie fordern unserem Land einiges ab.

Bei allen Erfolgen Deutschlands im Export: Unsere Wettbewerber holen auf. Länder wie China oder Korea machen in Schlüsselbranchen der deutschen Wirtschaft, im Automobil und Maschinenbau oder in der Elektroindustrie Boden gut.

Und amerikanische IT-Konzerne arbeiten mit Hochdruck am automatisierten Fahren. Ihr Tempo verlangt auch unseren Automobilunternehmen einiges ab. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen: Wovon wollen wir morgen leben? Wo sollen Wachstum und Arbeitsplätze in Zukunft herkommen? Bislang tun wir das vor allem über negative Abgrenzungen: Keine Atomenergie, keine Kohle, kein Fracking, keine Gentechnologie und keine Freihandelsabkommen.

Für all diese Ablehnungen gibt es im Einzelfall Gründe. Aber in der Summe gefährden sie das Wachstumspotenzial der deutschen Volkswirtschaft. Das muss uns umso mehr zu

denken geben, weil die Megatrends unserer Zeit, Demographie und Digitalisierung, nicht automatisch in unsere Richtung laufen.

Im Zuge des demographischen Wandels rechnen wir bis 2060 mit einem Rückgang von 82 auf 73 Mio. Menschen in Deutschland, mit einschneidenden Folgen für das Fachkräfteangebot. In den nächsten Jahrzehnten schrumpft die Bevölkerung um 20%, auch wenn wir jedes Jahr 200 000 Personen Nettozuwanderung haben. Die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter sinkt um mehr als 10 Mio. Personen. Die Zahl der älteren Menschen steigt.

Damit muss eine vorausschauende Wirtschaftspolitik umgehen. Gerade in einem Land mit schrumpfender Bevölkerung müssen wir unsere Potenziale bestmöglich nutzen. Das tun wir, wenn wir

- das Arbeitskräfteangebot voll ausschöpfen und
- die Produktivität der Beschäftigten erhöhen.

Einiges haben wir schon erreicht. Die Erwerbstätigkeit von Frauen und Älteren ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen.

Auch die Freizügigkeit in Europa und die aktuelle Zuwanderung sind eine Chance. Deshalb dürfen wir jetzt nicht die Fehler der Vergangenheit wiederholen, zu meinen, diese Menschen seien »Gastarbeiter«. Die Menschen, die heute zu uns kommen, werden ganz überwiegend bleiben. Wir müssen dafür sorgen, dass sie zügig arbeiten können. Dafür müssen wir ihre Fähigkeiten und Abschlüsse anerkennen, das nötige Geld für Sprachkurse in die Hand nehmen und ihnen für eine Ausbildung einen gesicherten Aufenthaltsstatus verschaffen. Außerdem: Wenn die Zahl der Fachkräfte zurückgeht, ist es umso wichtiger, die Beschäftigten, die wir haben, möglichst produktiv einzusetzen.

Ein wichtiger Schlüssel dazu sind Investitionen – in Bildung und Ausbildung und in den Kapitalstock. Hier liegt viel im Argen. Deutschland hat eine gravierende Investitionsschwäche. Im internationalen Vergleich investieren wir zu wenig, um unseren Kapitalstock auf modernstem Niveau zu halten. Damit setzen wir unsere Wettbewerbsfähigkeit aufs Spiel. Es ist doch paradox: Der deutsche Maschinenbau ist Fabrikaurüster der Welt, aber in die Industrie im eigenen Land investieren wir zu wenig. Damit können wir uns nicht abfinden.

Deshalb wird der Bund bis zum Ende der Legislaturperiode 40 Mrd. Euro zusätzlich bereitstellen, für Investitionen in Straßen oder in Datenautobahnen, für Forschung und Entwicklung und für kommunale Infrastruktur.

Zusätzlich tun wir etwas für die privaten Investitionen. Gestern habe ich ein mehr als 700 Mio. Euro starkes Bürokrati-



tieentlastungspaket in den Bundestag eingebracht. Auch beim Thema Wagniskapital für junge Unternehmen kommen wir voran. Wir brauchen mehr Luft, mehr Kapital und mehr guten Willen zur Unterstützung von Startups in Deutschland.

Eine etablierte Wirtschaft mit konsolidierten Märkten in einem technologisch ruhigen Fahrwasser kann business as usual machen. Wir aber stehen in einem Umbruch, der die Märkte neu strukturiert und von disruptiven Technologien getrieben wird.

Die Digitalisierung fordert uns heraus und verlangt von uns die Tugenden einer »Neuen Gründerzeit«.

Wir wollen, dass Startups aus Deutschland schneller wachsen, mehr Wagniskapital bekommen und internationale Märkte erobern. Das heißt Wertschöpfung, Wachstum, Arbeit und Steuereinnahmen. Alles was einen Wirtschaftsmi­nister glücklich macht.

Es heißt aber noch viel mehr: Es heißt, dass die großen Da­te­ngiganten der Branche herausgefordert werden und dass sie nicht allein die Kontrolle über die Geschäftsmodelle der Zukunft besitzen. Was uns noch fehlt, ist eine Kooperations­kultur zwischen Startup-Szene und DAX-Unternehmen.

Die Voraussetzungen dafür sind besser, als oft geschrieben wird. Die deutsche Wirtschaft ist in vielen Anwendungs­in­dustrien führend. Das müssen uns andere erst einmal nach­ma­chen. Oder wie VW-Chef Martin Winterkorn es formuliert: »Jenseits der 100 Stundenkilometer muss man schon die Regeln der Physik und nicht nur die der Digitalisierung be­herr­schen«.

Ich bin überzeugt davon, dass die wirtschaftlichen Heraus­for­derungen Deutschlands ohne die Einbettung in den grö­ße­ren europäischen Binnenmarkt und ohne ein europäi­sches Ordnungsmodell nicht zu stemmen sind.

Es ist ganz natürlich und unausweichlich, über Europa zu reden, wenn wir Deutschlands Zukunft betrachten. Die Euro­päi­sche Union und die Eurozone stecken seit nunmehr sechs Jahren in einer ernsten Krise. Wir waren alle an dieser Debatte beteiligt. Seit 2009 haben wir mehrfach Anläufe zu einer Lösung genommen. Trotzdem sind es heute die Szenarien von »Grexit« und »Brexit«, die als Schatten über jedem Treffen der Regierungschefs hängen. Und beides hat mitei­nander zu tun. Dass die Griechen im Euro scheitern könnten und die Briten gleich die EU insgesamt in Frage stellen, zeigt, wie prekär die Überzeugungskraft der europäischen Idee einer engeren Integration geworden ist.

Mittlerweile hat sich viel Frustration und Misstrauen in die Auseinandersetzung um Griechenland und um die Schwä-

che des Euroraums hineingefressen. Scheitern kann Europa auch daran, dass die Entscheidungseliten und die Bevölke­run­gen den Glauben an eine Lösung verlieren.

Ich habe deshalb vor einigen Tagen gemeinsam mit meinem französischen Kollegen Macron eine gemeinsame europäi­sche Initiative gestartet. Unser Ziel ist nicht weniger Integ­ra­tion, wie das neuerdings einige Mitgliedstaaten diskutie­ren. Im Gegenteil: Wir wollen die Eurozone stärken. Von einem gestärkten Kern her kann es gelingen, die Anzie­hungskraft der Europäischen Union insgesamt zu erhöhen. Die Währungsunion soll erneut zum Schrittmacher Europas werden.

Ich will Ihnen ehrlich sagen, dass ich nicht weiß, wie das Drama um Griechenland ausgeht. Ich glaube aber, dass es einen Weg gibt, wenn alle Beteiligten guten Willens sind. Die griechische Regierung muss einsehen, dass sie heimische Reformaufgaben und Ausgabenkontrolle nicht zulasten der europäischen Steuerzahler abwälzen kann. Im Gegenzug müssten wir die Schuldenlast reduzieren.

Doch die Frage der Währungsunion ist größer als die Be­wältigung der griechischen Schuldenkrise. Die großen Volks­wirtschaften des Euroraums müssen enger zusammen rü­cken. Wir brauchen einen neuen Konvergenzprozess in der Wirtschafts-, der Struktur-, der Steuer und Sozialpolitik. Das fordert alle Seiten. Aber Konvergenz öffnet Märkte, statt sie zu verschließen. Sie kann Regeln vereinfachen und zugleich für alle verbindlicher machen. Sie kann Risiken spekulativer Finanztransaktionen auffangen. Sie kann Vertrauen stiften. Sie kann die Mobilität von Kapital und Arbeit erhöhen.

Ein solcher Konvergenzprozess könnte die Grundlagen für ein eigenes europäisches Budget legen. Damit könnten die nationalen Politiken durch eine europäische Fiskalpolitik entsprechend dem Konjunkturverlauf wirkungsvoll ergänzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lieber Hans-Werner Sinn!

Europa ist und bleibt in diesen Wochen und Monaten die Königsdisziplin der wirtschaftswissenschaftlichen Politikbe­ra­tung ebenso wie der wirtschaftspolitischen Praxis.

Fühlen Sie sich herausgefordert, wo Sie meinen Ausführun­gen widersprechen möchten. Vor allem fühlen Sie sich er­mutigt, Rat und Expertise beizusteuern. Ein von mir geführ­tes Ministerium wird immer genau zuhören. Denn gemein­sam ist uns das Ziel, für Deutschland Gutes zu bewirken.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf eine anregende Diskussion.